

TOP 3: Ressortübergreifendes Rahmenkonzept Personalentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz; Fünfter Bericht über den Stand der Umsetzung in den Ressorts

- Ministerium des Innern und für Sport -

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt den fünften Bericht über den Stand der Umsetzung des Rahmenkonzeptes Personalentwicklung Rheinland-Pfalz und des Rahmenkonzeptes Betriebliches Gesundheitsmanagement zur Kenntnis.
2. Der Ministerrat bittet das Ministerium des Innern und für Sport, den Bericht entsprechend der Vereinbarung zur Förderung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung vom 8. April 2016 dem dbb-Beamtenbund und Tarifunion - Landesbund Rheinland-Pfalz und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland zur Stellungnahme zuzuleiten.
3. Die Ressorts werden gebeten, weiterhin für eine nachhaltige Personalentwicklung und die Umsetzung des Rahmenkonzeptes Betriebliches Gesundheitsmanagement auch in den Dienststellen des nachgeordneten Geschäftsbereichs Sorge zu tragen.
4. Der nächste Umsetzungsbericht ist dem Ministerrat Ende des Jahres 2023 vorzulegen.

Erläuterungen:

Das erstmals am 6. Februar 2007 beschlossene Rahmenkonzept zur Personalentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz wurde überarbeitet und bedarfsorientiert angepasst. Es enthält verpflichtende und fakultative Instrumente und gibt den Dienststellen des Landes einen Rahmen vor, den sie in behördenspezifischen Konzepten bedarfsgerecht umsetzen und ausfüllen können. Zur gleichen Zeit wurde

das Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement des Landes Rheinland-Pfalz, das Bestandteil des Rahmenkonzeptes Personalentwicklung ist, fortgeschrieben. Beide Konzepte wurden am 21. Juli 2015 vom Ministerrat beschlossen. Dem Ministerrat wird über den Stand der Umsetzung berichtet.

Entsprechend der am 8. April 2016 zwischen der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung und dem dbb sowie dem DGB geschlossenen Vereinbarung zur Förderung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung wird dieser Bericht den Gewerkschaften zur Stellungnahme zugeleitet.